

Sehr geehrte Frau Ullmann!

Vielen herzlichen Dank für Ihr Schreiben und Ihre Anregungen zur Gestaltung der österreichischen Hochschulpolitik, das ich im Auftrag von Vizekanzler Dr. Spindelegger beantworte.

Zusammenfassend darf ich Ihnen sagen: Uns alle eint ein gemeinsames Interesse. Nämlich Österreichs Hochschulen sowohl in der Forschung als auch in der Lehre zur Spitze zu führen und Österreichs Studenten die bestmögliche Ausbildung zu bieten.

Die österreichischen Universitäten leisten gute Arbeit - sowohl in der Forschung als auch in der Lehre - wie z.B. zuletzt die ARUFA-Studie über die Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen gezeigt hat. Das mediale Bild, das momentan von Universitäten gezeichnet wird, entspricht hier bei weitem nicht der Realität.

Tatsache ist aber auch, dass die Lage der Universitäten auch noch verbessert werden kann - und muss.

Zuerst ist hier die finanzielle Lage zu nennen. Feststellen möchte ich hier, dass die Unibudgets bis Ende 2012 fixiert und gesichert sind. Im aktuellen Finanzrahmen ist festgeschrieben, dass die in Loipersdorf zugesagten Offensivmittel von 80 Millionen Euro pro Jahr bis 2015 fortgeschrieben werden. Das heißt: bis 2015 fließen insgesamt 400 Millionen Euro an Offensivmitteln in Wissenschaft und Forschung.

Die endgültigen Verhandlungen zu den Universitätsbudgets 2013-2015 werden dann im Herbst stattfinden. Als Hintergrund möchte ich darauf hinweisen, dass sich diese Bundesregierung aktiv zur Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgesprochen hat.

Das Vorhaben zur Wiedereinführung von Studienbeiträgen - in Verbindung mit einem sozial leistungsfähigen Studienbeihilfenystem - sehen wir einerseits als pragmatischen Beitrag zur Sicherung der Universitätsfinanzierung - das Aufkommensvolumen von rund 150 Millionen Euro 2008 entspräche heute der Hälfte der von den Universitäten geforderten 300 Millionen Euro an zusätzlichen Finanzmitteln. Zudem sehen wir Studienbeiträge auch als gerechte Maßnahme, um den finanziell leistungsstarken Teil der Studierenden einen gerechten Beitrag ihrer Ausbildungskosten leisten zu lassen.

Es ist aber auch verkürzt, die Herausforderungen der Universitäten als rein finanzielles Problem zu sehen. Wir brauchen auch bessere Rahmenbedingungen, die der Wissenschaftsminister im Zuge des Hochschulplans erarbeiten wird. Allem voran steht das Modell der Studienplatzfinanzierung, das für die Universitäten eine effiziente und transparente Finanzierung sichern soll. Hier müssen insbesondere die Studienbedingungen in den Massenfächern verbessert werden. Auch Bildungsministerin Schmied hat bereits betont, dass es hier ein "Mengengerüst" braucht. Dieses Mengengerüst ist notwendig, weil wir in den vergangenen Jahren einen enormen Zuwachs bei den Studierendenzahlen erlebt haben.

Doppelte Abiturjahrgänge und die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland werden ab dem kommenden Wintersemester zu einer weiteren drastischen Verschärfung führen, vor allem in den sogenannten Massenfächern.

Vor diesem Hintergrund müssen einige grundsätzliche Diagnosen zum österreichischen

Hochschulzugang gestellt werden:

40 Jahre freier Hochschulzugang haben zu keiner Verbesserung der sozialen Durchmischung der Studierendenstruktur an den österreichischen Universitäten geführt.

Der internationale Vergleich zeigt, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Art der Regelung des Hochschulzugangs und der Akademikerquote gibt (z.B. Finnland).

Wenn eine Uni jeden Studenten nehmen muss, geht das zu Lasten der Qualität. Daher haben fast alle Länder Europas diese Frage anders geregelt, haben den Zugang zu den Universitäten beschränkt und sind damit zu besseren Ergebnissen gekommen.

Das Fehlen von Studiengebühren und Auswahlverfahren macht noch keinen freien Hochschulzugang. Internationale Vergleiche zeigen, dass alle Hochschulsysteme mit guter sozialer Durchmischung und hohen Absolventenraten ihre Studenten selektieren.

Aufnahmeverfahren sind Realität. Faktum ist: Vier von zehn Studienanfängerinnen und Studienanfängern in Österreich durchlaufen bereits in irgendeiner Form ein Aufnahmeverfahren - sei es in der Medizin, in den Kunst-Studien, in den Sportwissenschaften, im Lehramt an den Pädagogischen Hochschulen, an den Fachhochschulen oder in verschiedenen, einzelnen weiteren Studienrichtungen.

Aufnahmeverfahren einerseits und höhere Absolventenquoten andererseits sind kein Widerspruch, sondern eine funktional logische Konsequenz, wenn sich aufstauende Massenfächerprobleme aufgelöst haben und die Qualität in den Studien- und Arbeitsbedingungen wieder einigermaßen stimmt.

Gefragt nach Zugangsregelungen geben die Österreicherinnen und Österreicher - auch unabhängig von der im Einzelfall verwendeten Semantik - eine deutliche Antwort: sie befürworten mit einer qualifizierten Mehrheit Zugangsregeln an Österreichs Hochschulen.

Die Hochschulentwicklung in Österreich kann nur ein Ziel haben: einen modernen österreichischen Hochschulraum, der einer europäischen Normalität entspricht. Eine Voraussetzung dafür ist Klarheit beim Hochschulzugang, um dadurch eine sichere Qualität in Lehre und Ausbildung zu garantieren, auf die man sich im In- und Ausland verlassen kann.

Für eine offene Wissensgesellschaft ist ein breiter Zugang zur Hochschulbildung eine *conditio sine qua non* - er muss breit sein, darf aber nicht beliebig sein.

Die Österreichische Hochschülerschaft war in der Vergangenheit ein wichtiger und geschätzter Gesprächspartner und wir würden uns sehr freuen, mit der ÖH auch weiterhin in guter Zusammenarbeit die Zukunft unserer Hochschulen gestalten zu können.

Mit freundlichen Grüßen
Martha Penz

Büro des Vizekanzlers und Bundesministers
Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Minoritenplatz 8

1014 Wien

Tel.: +43 (0) 501150-3810

e-Fax: +43 (0) 501159-3710